

# Bundesverwaltungsgericht



<b>Einleitung</b>	<b>60</b>
<b>Zusammensetzung des Gerichts</b>	<b>61</b>
<b>Gerichtsorganisation</b>	<b>64</b>
<b>Kommissionen</b>	<b>65</b>
<b>Geschäftslast</b>	<b>66</b>
<b>Koordination der Rechtsprechung</b>	<b>69</b>
<b>Gerichtsverwaltung</b>	<b>69</b>
<b>Aufsicht</b>	<b>71</b>
<b>Zusammenarbeit</b>	<b>72</b>
<b>Projekte</b>	<b>73</b>
<b>Hinweise an den Gesetzgeber</b>	<b>74</b>
<b>Statistiken</b>	<b>75</b>

## Geschäftsbericht des Bundesverwaltungsgerichts 2012

---

St. Gallen, 29. Januar 2013

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte

Gestützt auf Artikel 3 Absatz 3 des Verwaltungsgerichtsgesetzes  
erstatten wir Ihnen den Bericht über unsere Tätigkeit im Jahre 2012.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen  
und Herren National- und Ständeräte, den Ausdruck unserer  
vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Bundesverwaltungsgerichts

Der Präsident:	Markus Metz
Der Generalsekretär:	Jürg Felix

## Einleitung

---

Höhepunkt des Berichtsjahres bildete für das Gericht ohne Zweifel der Umzug an seinen Sitz in St. Gallen. Er fand im Juni statt und verlief reibungslos.

Umrahmt wurde der eigentliche Umzug von einer Reihe feierlicher Anlässe, begonnen mit der formellen Schlüsselübergabe am 11. Januar. Es folgte die offizielle Eröffnungsfeier am 27. April, zu welcher das Gericht 200 geladene Gäste als Vertreterinnen und Vertreter der Eidgenossenschaft, der Kantone und der eidgenössischen Gerichte empfing. Am 28. April fand der Tag der offenen Tür statt. Das grosse Interesse am Gericht zeigte sich an der Zahl der Besucherinnen und Besucher: 5000 Personen besichtigten gruppenweise das Gebäude und informierten sich unter anderem an Podiumsgesprächen über die Tätigkeit des Gerichts. Abgeschlossen wurde der Umzug schliesslich durch ein Mitarbeiterfest am 23. August.

Trotz intensiven Umzugsvorbereitungen im Berichtsjahr gelang es, den normalen Gerichtsbetrieb in den Abteilungen praktisch uneingeschränkt aufrechtzuerhalten. Selbst in den Monaten unmittelbar um den eigentlichen Umzug herum wich die Verhältniszahl zwischen den Eingängen und den Ausgängen nur unwesentlich von derjenigen früherer Jahre ab.

Insgesamt wurden im Berichtsjahr bei 6747 Eingängen 7612 Verfahren erledigt. Von diesen waren 2015 (26%) beim Bundesgericht anfechtbar. Tatsächlich weitergezogen wurden 337 (17%) der beschwerdefähigen Urteile.

## Zusammensetzung des Gerichts

---

### Leitungsorgane

#### Präsidium

Präsident: Markus Metz  
Vizepräsident: Michael Beusch

#### Verwaltungskommission

Präsident: Markus Metz  
Mitglieder: Michael Beusch  
Jean-Luc Baechler  
Bendicht Tellenbach  
Vito Valenti

#### Präsidentenkonferenz

Präsident: Hans Urech, Präsident Abteilung II  
Mitglieder: Kathrin Dietrich, Präsidentin Abteilung I  
Antonio Imoberdorf, Präsident Abteilung III  
Claudia Cotting, Präsidentin Abteilung IV  
Walter Stöckli, Präsident Abteilung V

#### Stab Leitungsorgane

Generalsekretär: Jürg Felix  
Stellvertreterin: Placida Grädel  
Leiter Präsidialsekretariat: Bernhard Fasel

### Abteilungen

#### Abteilung I

Präsidentin: Kathrin Dietrich  
Mitglieder: Christoph Bandli  
Michael Beusch  
Jérôme Candrian  
Alain Chablais (bis 31.8.)  
Beat Forster (bis 10.9.)  
Lorenz Kneubühler (bis 30.6.)  
Markus Metz  
Pascal Mollard  
André Moser  
Claudia Pasqualetto Péquignot  
Daniel Riedo  
Marianne Ryter  
Jürg Steiger (ab 1.11.)  
Salome Zimmermann

## **Abteilung II**

Präsident:

Hans Urech

Mitglieder:

Maria Amgwerd

Pietro Angeli-Busi (ab 1.9.; s. auch Abteilung IV)

David Aschmann

Jean-Luc Baechler

Stephan Breitenmoser

Francesco Brentani

Ronald Flury

Bernard Maître (bis 30.9.)

Vera Marantelli

Claude Morvant

Eva Schneeberger

Frank Seethaler

Marc Steiner

Philippe Weissenberger

## **Abteilung III**

Präsident:

Antonio Imoberdorf

Mitglieder:

Elena Avenati

Ruth Beutler

Jean-Daniel Dubey

Madeleine Hirsig

Marie-Chantal May Canellas (ab 1.3.)

Stefan Mesmer

Francesco Parrino

Michael Peterli

Franziska Schneider

Daniel Stufetti

Marianne Teuscher

Andreas Trommer

Vito Valenti

Blaise Vuille

Beat Weber

#### **Abteilung IV**

Präsidentin:	Claudia Cotting
Mitglieder:	Pietro Angeli-Busi (bis 31.8.; s. auch Abteilung II) Gérald Bovier Daniele Cattaneo Yanick Felley Robert Galliker Fulvio Haefeli Walter Lang Gérard Scherrer Hans Schürch Nina Spälti Giannakitsas Bendicht Tellenbach Contessina Theis Thomas Wespi Martin Zoller

#### **Abteilung V**

Präsident:	Walter Stöckli
Mitglieder:	Emilia Antonioni Luftensteiner François Badoud Muriel Beck Kadima Maurice Brodard (bis 31.1.) Jenny de Coulon Scuntaro Gabriela Freihofer Kurt Gysi Bruno Huber Markus König Christa Luterbacher Jean-Pierre Monnet Regula Schenker Senn Daniel Willisegger

Im Berichtsjahr verliessen fünf Richter das Gericht. Alain Chablais wurde als ordentlicher Professor an die Universität Neuenburg berufen, Lorenz Kneubühler wurde ans Bundesgericht gewählt und Bernard Maître sowie Maurice Brodard traten in den Ruhestand. In Trauer musste das Gericht von Beat Forster Abschied nehmen. Beat Forster war seit der Gründung des Gerichtes als Richter in der ersten Kammer der Abteilung I tätig. Davor amtete er mehrere Jahre ebenfalls als Richter für die Eidgenössische Rekurskommission für Infrastruktur und Umwelt.

Neu ans Bundesverwaltungsgericht gewählt wurden zwei Richter. Am 26. September wählte die Vereinigte Bundesversammlung Maurizio Greppi und Jürg Steiger.

Der bereits am 24. November 2011 vereidigte Daniel Stufetti trat sein Amt in der Abteilung III per 1. Januar an. Die ebenfalls 2011 gewählte Richterin Marie-Chantal May Canelas wurde am 24. Januar vereidigt und nahm ihre Arbeit in der Abteilung III am 1. März auf. Pietro Angeli-Busi wechselte per 1. September von der Abteilung IV in die Abteilung II.

## Gerichtsorganisation

### Gesamtgericht

Das Gesamtgericht traf sich im Berichtsjahr zu sieben ordentlichen Sitzungen; zahlreiche Erneuerungswahlen machten den Hauptteil seiner Tätigkeit aus. Im Januar vereidigte es die Richterin Marie-Chantal May Canellas (Abteilung III) und führte die Ersatzwahl des Präsidiums der Eidgenössischen Schätzungskommission (8. Kreis) für den Rest der Amtsdauer 2009–2012 durch. Hinsichtlich der Wahl des Gerichtspräsidiums für die Amtsperiode 2013/2014 verabschiedete es im März den Wahlvorschlag zuhanden des Parlaments. In der Oktobersitzung erfolgte die Vereidigung der neuen Richter Maurizio Greppi und Jürg Steiger (beide Abteilung I), die Wahl der Mitglieder der Verwaltungskommission sowie der Abteilungspräsidien für die Amtsperiode 2013/2014. Ebenso wurden die Präsidien der Eidgenössischen Schätzungskommissionen und die Mitglieder der Eidgenössischen Oberschätzungskommission für die Amtsperiode 2013 bis 2018 neu gewählt. Für das Geschäftsjahr 2013 haben die Richterinnen und Richter erneut Jahresziele verabschiedet. Angestrebt wird unter anderem, dass Ende 2013 diejenigen spruchreifen Verfahren, welche am 1. Januar 2012 am Gericht hängig waren, weitestgehend abgebaut sind.

### Verwaltungskommission

Die Verwaltungskommission, bestehend aus fünf Mitgliedern, traf sich im Berichtsjahr zu insgesamt 17 (2011: 16; 2010: 14) Sitzungen, wovon vier gemeinsam mit der Präsidentenkonferenz durchgeführt wurden. Gegenstand der gemeinsamen Sitzungen war die Überprüfung der Kompetenzen der Leitungsorgane. Im Zuge des Standortwechsels nach St. Gallen waren Personaleinstellungen und Massnahmen zur Personalerhaltung wie schon 2011 auch im Berichtsjahr ein wichtiger Bestandteil ihrer Arbeit. Im Weiteren beschloss sie die Anhandnahme einer integralen Überarbeitung der Arbeitszeitweisung sowie die Erarbeitung eines Einführungsprogramms zur Ausbildung neu gewählter Richterinnen und Richter.

Im Berichtsjahr wurden die Mitglieder der Verwaltungskommission für die Amtsperiode 2013/2014 gewählt: Zu dem von Amtes we-

gen einsitzenden Gerichtspräsidenten Markus Metz (Abteilung I) und dem Vizepräsidenten Jean-Luc Baechler (Abteilung II) sind neu Marianne Ryter (Abteilung I) und Walter Stöckli (Abteilung V) gewählt. Vito Valenti (Abteilung III) wurde für eine zweite Amtsperiode bestätigt.

### Präsidentenkonferenz

Im Berichtsjahr traf sich die Präsidentenkonferenz zu insgesamt 14 Sitzungen, wovon vier gemeinsam mit der Verwaltungskommission durchgeführt wurden. Die Koordination der Rechtsprechung ist eine der in Art. 17 des Verwaltungsgerichtsgesetzes (VGG; SR 173.32) vorgesehenen Hauptaufgaben der Präsidentenkonferenz. Sie setzte sich auf verschiedenen Ebenen damit auseinander: durch formelle Koordinationsverfahren zwischen den Abteilungen im Sinne von Art. 25 VGG unter Einbezug aller Richterinnen und Richter, in Form von Beschlüssen zu verfahrensrechtlichen Fragen (vgl. zu beidem S. 69) sowie durch Behandlung der grundsätzlichen Frage der Koordination der Rechtsprechung und der Qualität derselben. Als Resultat dieser Diskussionen wurden ein Konzept zum Controlling der Koordination der Rechtsprechung sowie erste Umsetzungsmassnahmen beschlossen.



## Kommissionen

### Kommission des Gesamtgerichts

Die Kommission des Gesamtgerichts, welche sich im Berichtsjahr aus sechs Richterinnen und Richtern zusammensetzte, ist für die Vorbereitung wichtiger Plenumsgeschäfte zuständig. Im Berichtsjahr hat sie mit Blick auf eine allfällige Anpassung der Richtlinien betreffend das Vorgehen bei Richtervakanzen die Vernehmlassung durchgeführt. Des Weiteren wurde als Folgeprojekt zu den Anregungen der Kommission betreffend den Bereich der Publikation die Arbeitsgruppe «Publikation» ins Leben gerufen, in welcher die Kommission auch selbst vertreten ist. Daneben hat sie den Meinungs austausch mit dem Präsidium zu strategischen Themen wie etwa der künftigen Ausgestaltung der Selbstorganisation (Leitungsgremien) gepflegt und die Präsidentenkonferenz ersucht, dem Plenum eine Übersicht über Regelung und Faktizität der Fallzuteilung beim Bundesgericht und beim Bundesverwaltungsgericht zu geben.

### Redaktionskommission

Die Redaktionskommission setzt sich in der Regel aus je einem Richter oder einer Richterin pro Abteilung zusammen. Auf Antrag der zuständigen Abteilungen entscheidet sie über die Aufnahme eines Entscheids in die Entscheidsammlung des Schweizerischen Bundesverwaltungsgerichts (BVGE) und stellt sicher, dass die Entscheide koordiniert und in einheitlicher Form publiziert werden. Während des Berichtsjahres bestand die Redaktionskommission aus drei Richterinnen und Richtern. Unter Begleitung einer Arbeitsgruppe wurde eine Versuchsphase eingeführt, um zu untersuchen, inwiefern die Kommission von einem Teil ihrer bisherigen Arbeit entlastet werden kann. Während des Berichtsjahres führte die Redaktionskommission 14 Sitzungen durch und publizierte 57 Entscheide.

### Schlichtungsstelle

Die Schlichtungsstelle, welche bei Konflikten innerhalb der Richterschaft vermittelt, wurde im Berichtsjahr nicht angerufen.

Das Reglement über die Schlichtungsstelle des Bundesverwaltungsgerichts (SR 173.320.11) wurde um den Art. 2a (Konstituierung und Vorsitz) ergänzt. Diese Änderung ist am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.

### Personalkommission

Die Personalkommission nimmt die Interessen der Mitarbeitenden wahr und fördert den Austausch sowie die Zusammenarbeit zwischen den gerichtlichen Leitungsorganen und dem Personal. Im Berichtsjahr befasste sie sich unter anderem mit den Personalmassnahmen in Verbindung mit dem Standortwechsel nach St. Gallen, mit der neuen Arbeitszeitweisung sowie mit dem Konzept für eine regelmässige Mittagsveranstaltung «Urteil am Mittag» und reichte dazu mehrere Stellungnahmen ein. Die Umsetzung der Personalmassnahmen St. Gallen und das Angebot an flexiblen Arbeitszeitmodellen waren auch im Berichtsjahr zentrale Anliegen der Personalkommission.

### Beauftragte für Chancengleichheit

Im Berichtsjahr haben die Beauftragten für Chancengleichheit der Gerichtsleitung Fragen zu den Personalmassnahmen St. Gallen gestellt und zufriedenstellende Antworten bekommen. Wieder wurden sie im Zusammenhang mit einem Konflikt zwischen einer Mitarbeiterin und ihrem Vorgesetzten beigezogen. Mit Sylvan Fux konnte die vakante Stelle wieder besetzt werden.

## Geschäftslast

### Überblick

Die Statistiken ab Seite 75 geben detailliert Auskunft über die Geschäftslast im Berichtsjahr. Das Bundesverwaltungsgericht hat am 1. Januar 5181 Fälle aus dem Vorjahr übernommen. Von diesen stammen noch vier von den vormaligen eidgenössischen Rekurskommissionen und departementalen Beschwerdediensten. Bis zum Jahresende gingen 6747 neue Beschwerden ein, denen 7612 abgeschlossene Fälle gegenüberstanden. Die Zahl der pendenten Fälle sank zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember des Berichtsjahres um 865 (-17%). Aufgeschlüsselt nach den fünf Abteilungen ergibt sich folgendes Bild:

Abteilung	Eingänge	Erledigungen
<b>Abteilung I</b> Infrastruktur, Finanzen, Personal	<b>576</b>	<b>651</b>
<b>Abteilung II</b> Wirtschaft, Bildung, Wettbewerb	<b>467</b>	<b>443</b>
<b>Abteilung III</b> Ausländer, Gesundheit, Sozialversicherungen	<b>1958</b>	<b>1993</b>
<b>Abteilung IV</b> Asyl	<b>2059</b>	<b>2450</b>
<b>Abteilung V</b> Asyl	<b>1687</b>	<b>2075</b>
<b>Gesamthaft</b> (Abteilungen I–V)	<b>6747</b>	<b>7612</b>

### Abteilung I

Der Abteilung I standen im Berichtsjahr aufgrund der Mitarbeit in Gremien des Gerichts sowie aufgrund von Abgängen und krankheitsbedingten Ausfällen erneut nur reduzierte Richterstellenprozente zur Verfügung. Dennoch – und trotz der zusätzlichen Belastung durch den Umzug nach St. Gallen – konnten die Pendenzen weiterhin abgebaut werden.

Schwerpunkte der Rechtsprechung der Kammer 1 bildeten insbesondere die Strommarktgesetzgebung, Infrastrukturprojekte (Hochspannungsleitungen, Nationalstrassen, Eisenbahn), Interkonnektions- sowie Enteignungs- und Staatshaftungsfälle. Eine hohe

Publizität genossen die Verfahren betreffend die Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Mühleberg sowie betreffend den Datenschutz im Zusammenhang mit der Personensuche auf der Homepage des Informationsdienstes moneyhouse. Des Weiteren konnte eine Zunahme von Beschwerden im Bereich der Personensicherheitsprüfungen festgestellt werden, die aufgrund einer Änderung des Militärgesetzes (MG; SR 510.10) neu bei allen Stellungspflichtigen anlässlich der Rekrutierung vorgenommen werden.

Die Kammer 2 ist nach zeitgerechtem Abschluss der Amtshilfverfahren betreffend US-Kunden der UBS zu ihrem ordentlichen Geschäftsgang zurückgekehrt und bearbeitete Verfahren in Bereichen des Zolls, der Mehrwert-, der Tabak-, der Alkohol- und der Verrechnungssteuer sowie der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA). Die Verfahrensdauer konnte erneut reduziert werden. Von einigem öffentlichen Interesse waren das Amtshilfverfahren betreffend einen US-Kunden der Credit Suisse sowie das Urteil in Sachen LSVA hinsichtlich der Höhe der dem Schwerverkehr anzulastenden Stauzeitkosten.

Der Aufsichtsdelegation über die Schätzungskommissionen (ESchK), welche sich stets aus Mitgliedern und Mitarbeitenden der Kammer 1 der Abteilung I zusammensetzt, gehörten im Berichtsjahr Richterin Claudia Pasqualetto Péquignot, Richter André Moser und Gerichtsschreiber Bernhard Keller an. Kostenstreitigkeiten zwischen einem Enteigner und dem zuständigen Schätzungskreis führten nicht nur zu Beschwerdeverfahren bis vor Bundesgericht, sondern standen auch im Zentrum der aufsichtsrechtlichen Tätigkeit der Delegation. Auch die mangelhafte Amtsführung des ehemaligen Präsidenten eines Kreises beschäftigte die Delegation. Die Vorbereitung der Wahlen der ESchK-Präsidien und der Hälfte der Mitglieder der Oberschätzungskommission (OSchK) für die Amtsperiode 2013 bis 2018 bildete einen weiteren Schwerpunkt ihrer Tätigkeit. Bei den ESchK-Präsidien galt es, 15 Rücktritte zu ersetzen, für die OSchK konnten sechs Vakanzen neu besetzt werden. Wie üblich, prüfte die Aufsichtsdelegation schliesslich die Jahresberichte der 13 Kreise.

## Abteilung II

Wie schon im Vorjahr übernahm die Abteilung II im Rahmen einer Zusammenarbeit mit der Abteilung III rund 100 Verfahren aus dem Bereich der Invalidenversicherung. Obwohl die Abteilung II in den angestammten Rechtsgebieten im Vergleich zu den Vorjahren eine grosse Anzahl Beschwerdeeingänge zu verzeichnen hatte, konnten die Pendenzen auf einem tiefen Niveau gehalten werden.

Im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens hat die Abteilung II unter anderem entschieden, dass das bis zum Ergehen des Zwischenentscheids betreffend die aufschiebende Wirkung geltende qualifizierte Beschleunigungsgebot zu einer vorübergehenden Einschränkung hinsichtlich der Möglichkeiten eines mehrfachen Schriftenwechsels in diesem Verfahrensstadium führen kann.

Im Kartellrecht setzte sie sich beispielsweise mit der Beschwerdelegitimation von Konkurrenten und in mehreren Entscheiden mit der Anordnung von vorsorglichen Massnahmen in der Uhrenindustrie (Belieferung von mechanischen Uhrwerken und Uhrwerkskomponenten) auseinander.

Einen Schwerpunkt bildeten im Berichtsjahr zudem Verfahren im Zusammenhang mit der Durchsetzung von internationalen Sanktionen (Embargogesetz; SR 946.231). Zu weiteren interessanten Urteilen kam es in den Bereichen des geistigen Eigentums (Urheberrecht: Begriff des Handelstonbildträgers, Verwertungstarif der Verwertungsgesellschaft Swisssperform; geschützte Ursprungsbezeichnung AOC: Vacherin Mont-d'Or), der Revisionsaufsicht (Berufsverbote wegen Verstosses gegen das Unabhängigkeitsgebot), der Finanzmarktaufsicht (Verletzung der Gewährs- und Organisationspflichten durch eine Bank sowie diverse bankenkonkursrechtliche Fragen), des Bildungsrechts (Anwendung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU im Bereiche der Diplomanerkennung) sowie des Preisüberwachers (Auskunftspflicht).

## Abteilung III

Der Umzug nach St. Gallen konnte für die Abteilung III reibungslos und ohne Effizienzverlust vollzogen werden. Insgesamt konnte die Abteilung ihre Pendenzen um 35 Verfahren

abbauen. Hingegen erwies sich die Personalfuktuation in diesem Zusammenhang etwas grösser als erwartet. Die entstandenen Lücken liessen sich aber ohne nennenswerten Verzug schliessen.

Beide Kammern begannen mit der Umsetzung eines von der Präsidentenkonferenz initiierten Projekts betreffend die Qualitätssicherung bei der Führung vorinstanzlicher Akten. Zwar sind gewisse Fortschritte bei den hauptbetroffenen Vorinstanzen feststellbar, doch ist noch nicht jener Stand erreicht, den das Bundesgericht in seiner Rechtsprechung definiert.

Weiterhin lag der Schwerpunkt der Tätigkeit der Kammer 1 in der Beurteilung von Beschwerden im Bereich der Sozialversicherungen, wobei trotz der weitergeführten Zusammenarbeit mit der Abteilung II im Bereich der Invalidenversicherung der weitaus grösste Teil der Eingänge und Erledigungen den Bereich der AHV/IV betraf. Im Hinblick auf die erwartete starke Zunahme von Beschwerden im Bereich der Spitalfinanzierung infolge einer Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG; SR 832.10) wurde eine Task Force eingesetzt, welche sich vorab mit der Behandlung von Grundsatzfragen befasst. Dies unter teilweiser Mithilfe von Richtern aus anderen Abteilungen.

In der Kammer 2 setzte sich der bereits in früheren Jahren festgestellte Trend zu komplexeren Fällen fort, mit der Folge, dass die Verfahren aufwendiger geworden sind. Zugenommen haben insbesondere Beschwerden hinsichtlich der Zustimmung zu Aufenthaltsbewilligungen sowie der Nichtigerklärung erleichterter Einbürgerungen, währenddem in Sachen Einreisebewilligung/Einreiseverbote annähernd gleichbleibende Beschwerdeeingänge zu verzeichnen waren. Insgesamt betrug der Anstieg an Beschwerden 11%. In einem Grundsatzurteil in Sachen Sonderabgabe im Asylbereich wurde die Beschwerde zwar abgewiesen, jedoch festgestellt, dass die aktuelle gesetzliche Regelung mit den Verpflichtungen aus der Flüchtlingskonvention nicht in allen Belangen vereinbar ist.

## Abteilungen IV und V

Trotz Reduktion im Richterbestand gelang es den beiden Abteilungen im Berichtsjahr, 36% ihrer Pendenzen abzubauen. Die Verfahren mit Eingang bis Ende 2009 wurden um 93% abgebaut; per Ende des Berichtsjahres waren noch 37 hängig (Eingang 2007: 4; Eingang 2008: 12; Eingang 2009: 21). Auch 82% der im Jahr 2010 eingeleiteten Verfahren konnten erledigt werden; per Ende des Berichtsjahres waren noch 106 hängig. Damit wurden die vorrangigen Jahresziele, wie die Erledigung der älteren Fälle und die möglichst geringe Beeinträchtigung der Arbeitstätigkeit durch den Umzug nach St. Gallen, weitgehend erreicht. Im Zusammenhang mit Letzterem sind die einwandfrei funktionierenden Abläufe in den Kanzleien hervorzuheben.

Im Bestreben, qualitativ hohen Anforderungen genügende Urteile zu fällen, kommt den Koordinationsverfahren zwischen den Abteilungen IV und V eine besondere Bedeutung zu. Auf diese Weise wurden auch im Berichtsjahr offene Rechtsfragen geklärt, unter anderem betreffend einen Anspruch vorläufig aufgenommener Personen mit Flüchtlingsstatus auf Kantonswechsel, betreffend Polygamie und Familienasyl sowie betreffend das Bestehen einer innerstaatlichen Schutzalternative für Darfuris im Grossraum Khartum.

Darüber hinaus wurde, nach jeweiliger Konsultation der beiden Abteilungen, die Publikation weiterer Urteile beschlossen. Darunter eines, das die Zulässigkeit von Zwischenverfügungen als Revisionsobjekt verneint, ein anderes, das Zuständigkeits- und Verantwortlichkeitsfragen sowie den Familienbegriff im Zusammenhang mit der Dublin-II-Verordnung (Verordnung [EG] Nr. 343/2003 vom 18. Februar 2003 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist) behandelt, ein weiteres, das sich mit Abgrenzungsfragen im Zusammenhang mit dem Asylwiderauf auseinandersetzt, und eines, das sich zur Frage äussert, ob die Überstellung nach Malta im Rahmen des Dublin-Verfahrens angesichts der dort herrschenden Bedingungen gegen völkerrechtliche Verpflichtungen der Schweiz verstösst. Schliesslich dienten auch die ge-

meinsamen Sitzungen der Präsidien der vier Kammern beider Abteilungen, die wiederum in der Regel wöchentlich stattfanden, der Koordination im fachlichen und im administrativen Bereich.

Nach aussen fand namentlich ein Austausch mit dem Bundesamt für Migration BFM im Rahmen von drei sogenannten technischen Sitzungen sowie mit dem United Nations High Commissioner for Refugees UNHCR (vgl. Art. 113 Asylgesetz [AsylG; SR 142.31]), vorab im Rahmen des jährlichen Treffens, statt.

Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber mit Sonderaufgaben erstellten Arbeitspapiere, u.a. zum Dublin-Verfahren, zum Akteneinsichtsrecht oder zur Umsetzung der per 29. September neu in Kraft gesetzten Bestimmungen des AsylG; ausserdem wurde ein Verfahrensleitfaden erarbeitet.

Im Laufe des Berichtsjahres nahmen Mitarbeitende der Abteilungen IV und V an verschiedenen migrationsrechtlichen Weiterbildungsveranstaltungen teil.

## Vernehmlassungen

Das Bundesverwaltungsgericht wurde vom Parlament, vom Bundesrat und von der Bundesverwaltung zu fünf Gesetzes- und Verordnungsvorlagen zur Vernehmlassung eingeladen. Zu zwei Vorlagen gab das Gericht Stellungnahmen ab (Änderung des Zivilgesetzbuches [ZGB; SR 210]: zur Beurkundung des Personenstandes und des Grundbuches sowie zur Energiestrategie des Bundes 2050). In drei Fällen verzichtete es darauf.

## Koordination der Rechtsprechung

Soll eine Rechtsfrage abweichend von einem früheren Entscheid beantwortet werden, oder hat eine Abteilung eine Rechtsfrage zu entscheiden, die mehrere Abteilungen betrifft, ist gemäss Art. 25 VGG ein entsprechendes Koordinationsverfahren durchzuführen. Im Berichtsjahr fand ein solches Verfahren zu Revisionsfragen statt. Im Weiteren äusserten sich die fünf Abteilungspräsidentinnen und -präsidenten zu diversen koordinationsbedürftigen Rechtsfragen; so beispielsweise zur Frage, wie mit Eingaben umzugehen sei, die nicht in einer Amtssprache verfasst sind.

## Gerichtsverwaltung

### Generalsekretariat

Schwerpunkt bildete der Umzug nach St. Gallen. Neben den Vorarbeiten für den eigentlichen Umzug wurden in der ersten Jahreshälfte die Mitglieder und Mitarbeitenden auf die neuen infrastrukturellen Gegebenheiten am neuen Standort mittels Schulungen und Vor-Ort-Besuchen vorbereitet. Gleichzeitig fand die Bauabnahme statt, die mit der offiziellen Eröffnungsfeier abgeschlossen werden konnte. Die zweite Jahreshälfte diente der Optimierung der teilweise neuen internen Abläufe und der im Zusammenhang mit dem Umzug vom Generalsekretariat zusätzlich zu erbringenden neuen Dienstleistungen. Das Bundespatentgericht, das seine Verwaltungsleistungen ebenfalls vom Generalsekretariat des Bundesverwaltungsgerichts bezieht, nahm seinen Betrieb in St. Gallen bereits am 1. Januar auf. Die Zusammenarbeit mit dem Bundespatentgericht wird als positiv erlebt und konnte im Verlaufe des Jahres, insbesondere nach dem Umzug des Bundesverwaltungsgerichts nach St. Gallen, weiter optimiert werden.

### Personelles

Am Jahresende waren am Bundesverwaltungsgericht 393 Personen tätig: 69 Richterinnen und Richter (62,60 Stellen), 211 Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber (177,85 Stellen), 40 Kanzleimitarbeitende in den Abteilungen (36,00 Stellen) und 73 juristische, wissenschaftliche und administrative Mitarbeitende im Generalsekretariat (65,30 Stellen).

69,4% aller am Gericht tätigen Personen sind deutscher, 23,2% französischer, 6,4% italienischer und 1% anderer Hauptsprache. Der Frauenanteil betrug am Ende des Berichtsjahres 56,7%; bei den Richterinnen und Richtern 31,9%, bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern 57,8%, bei den Kanzleimitarbeitenden in den Abteilungen 100% und im Generalsekretariat 53,4%. In Teilzeit mit einem Beschäftigungsgrad zwischen 50 und 90% arbeiteten 42% der Richterinnen und Richter sowie 47,8% des nicht richterlichen Personals. 97 Austritten standen 97 Neueintritte gegenüber. Die Fluktuationsrate betrug 24,5%; bei den Richterinnen und Richtern 5,7%, bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern 20,6% und beim übrigen Personal 43,8%.

## Finanzen

Die Erfolgsrechnung weist einen Aufwandüberschuss von 69 370 461 Franken aus. Den Erträgen von 4 893 310 Franken stehen Aufwendungen von 74 263 772 Franken gegenüber.

Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Minderertrag von 834 876 Franken zu verzeichnen, welcher auf die tiefer ausgefallenen Gebühren zurückzuführen ist. Der Rückgang um 14,6% ist hauptsächlich durch den Abschluss des Amtshilfeverfahrens USA/UBS im Herbst 2011 bedingt, welchem keine Verfahren in vergleichbarem Umfang folgten. Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 1 192 454 Franken gesunken. Während der Personalaufwand um 813 299 Franken zugenommen hat, ist der Sach- und Betriebsaufwand um 2 016 450 Franken zurückgegangen. In diesen Posten ist eine aufwandmindernde Weiterbelastung für Leistungen zugunsten des Bundespatentgerichts in der Höhe von 442 302 Franken enthalten. Zusätzlich wurden die Rückstellungen für aufgelaufene Zeitguthaben um 181 400 Franken erhöht. Die Investitionsrechnung weist Ausgaben von 38 685 Franken aus, welche Investitionen in die gastronomische Einrichtung und Ausstattung betreffen. Die Abschreibungen betragen 181 841 Franken. Davon entfallen wie im Vorjahr 171 144 Franken auf die Software-Lizenzkosten für das Geschäftskontrollsystem.

Betrag in CHF

<b>Ertrag</b>	<b>4 893 310</b>
Gebühren	3 856 015
Entgelte	969 207
Übriger Ertrag	68 088
<hr/>	
<b>Aufwand</b>	<b>74 263 772</b>
Personalaufwand	61 766 694
Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge	61 150 200
Übriger Personalaufwand	616 494
Sach- und übriger Betriebsaufwand	12 133 837
Eidgenössische Schätzungskommissionen	89 228
Umzug nach St. Gallen	1 216 673
Raummiete	4 613 110
Informatik Sachaufwand	2 773 353
Beratungsaufwand	167 157
Übriger Betriebsaufwand	3 274 216
Einlage in Rückstellungen aufgelaufener Zeitguthaben	181 400
Abschreibungen	181 841
<hr/>	
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>38 685</b>
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte	38 685

## Öffentlichkeitsarbeit

Das Bundesverwaltungsgericht verfolgt eine aktive, offene und transparente Kommunikationspolitik. Seine Medienstelle informiert die akkreditierten Journalistinnen und Journalisten rechtzeitig und ausführlich über die Gerichtsurteile. Ein besonderes Augenmerk liegt auf jenen Verfahren, die auf grosses Medienecho stossen. Im Berichtsjahr galt dies beispielsweise für die Betriebsbewilligung des Kernkraftwerks Mühleberg, die Herausgabe von Kundendaten der Grossbank Credit Suisse an die amerikanische Steuerbehörde IRS oder die Entwicklung von behindertengerechten Zügen bei den Schweizerischen Bundesbahnen.

Nebst der Rechtsprechung erfuhr auch der Mitte Jahr vollzogene Standortwechsel ein bedeutendes öffentliches Interesse. Sowohl im Vorfeld als auch rund um den Umzug wur-

den zahlreiche Medienanfragen beantwortet, was zu einer breiten nationalen Berichterstattung führte. Schliesslich organisierte das Gericht im Zusammenhang mit dem Umzug an seinen Sitz in St. Gallen verschiedene Eröffnungsfeierlichkeiten, an denen die offiziellen Stellen genauso beteiligt waren wie die Öffentlichkeit – Letztgenannte zum Beispiel am Tag der offenen Tür.

## Aufsicht

---

### Bundesgericht

An der Aufsichtssitzung vom 4. April in Luzern wurden der Geschäftsbericht 2011, die Rechnung 2011, der Voranschlag 2013 sowie das Thema Asylverfahren besprochen. In der nachfolgenden gemeinsamen Sitzung des Bundesgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts, des Bundesstrafgerichts und des Bundespatentgerichts wurden insbesondere das Personalreporting 2011 und die Harmonisierung der Stelleneinrichtungen des Personals thematisiert. An der Sitzung vom 1. Oktober in St. Gallen ging es unter anderem um die Geschäftslast, das Asylverfahren, die Organisation des Bundesverwaltungsgerichts sowie um Fragen der Sekretariate der Finanzkommissionen zum Voranschlag 2013.

Im Berichtsjahr gingen beim Bundesgericht vier Aufsichtsanzeigen ein. Von zwei Verfahren wegen Rechtsverweigerung bzw. Rechtsverzögerung wurde eines als gegenstandslos abgeschrieben, dem anderen wurde keine Folge gegeben. Ebenso wurde der Anzeige betreffend die Organisation der Eidgenössischen Schätzungskommission Kreis 10 keine Folge geleistet. Eine aufsichtsrechtliche Anzeige, die bei der Gerichtskommission am 29. September gegen acht Richterinnen und Richter der Asylabteilungen eingereicht und dem Bundesgericht zur Instruktion übergeben wurde, ist noch pendent.

### Bundesversammlung

Anlässlich eines Treffens des Bundesverwaltungsgerichts mit der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats am 24. Februar wurde die Verfahrensdauer im Asylbereich diskutiert.

Am 13. April fand eine Aufsichtssitzung mit der Subkommission 1 der Finanzkommission sowie den Präsidenten der Subkommissionen Gerichte der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats statt. Thematisiert wurden insbesondere die Staatsrechnung 2011 sowie die Dauer des Asylverfahrens und die Differenzen zwischen den diesbezüglich vom Bundesamt für Migration und vom Bundesverwaltungsgericht publizierten Zahlen. Diese Thematik wurde auch anlässlich der Sitzung mit der Subkommission Gerichte der Ge-

schäftsprüfungskommission der eidgenössischen Räte vom 16. April aufgegriffen. An dieser Sitzung ebenfalls zur Sprache kamen der Geschäftsbericht 2011, der Umzug an den neuen Standort sowie die Praxis bei der Veröffentlichung von Urteilen.

Am 22. Oktober fand eine Sitzung mit der Subkommission Gerichte/Bundesanwaltschaft der Geschäftsprüfungskommissionen des National- und des Ständerats in St. Gallen statt. Gesprochen wurde unter anderem über die Geschäftslast und die Verfahrensdauern, den Umzug des Gerichts an den neuen Standort, die Frage nach allfälligem Anpassungsbedarf bei den Strukturen sowie die Erfahrungen des Gerichts mit der neuen IT-Plattform.

## Zusammenarbeit

---

Das Bundesstrafgericht, das Bundespatentgericht und das Bundesverwaltungsgericht stehen in regelmässigem Kontakt. Anlässlich des jährlich stattfindenden Treffens der Verwaltungskommissionen (bzw. der Geschäftsleitung) fand ein Gedankenaustausch zu verschiedenen Themen statt, die für alle drei Gerichte von Interesse sind.



## Projekte

### Projekt St. Gallen

Das Projekt St. Gallen erreichte mit dem Umzug im Berichtsjahr seinen Höhepunkt. Neben der Organisation und der Umsetzung einer Reihe von feierlichen Eröffnungsanlässen, welche den Standortwechsel begleiteten, galt es, den effektiven Umzug in die Wege zu leiten und entsprechende Vorbereitungen zu treffen.

Im März erfolgte die Möblierung des Gebäudes und zwischen Januar und Juli wurde die IT-Infrastruktur angelegt. Um die Mitglieder und Mitarbeitenden des Gerichts insbesondere während des Umzugs unterstützen zu können, wurden an zwei Tagen im Juni einzelne Mitarbeitende aus allen Abteilungen sowie aus dem Generalsekretariat bezüglich der Nutzung der IT- und der Telefonie-Neuerungen sowie der Infrastruktur des Bereichs Betrieb und Sicherheit geschult.

In der Woche vom 16. bis zum 20. April besuchten alle Mitarbeitenden ihren zukünftigen Arbeitsplatz. Ziel dieser Begehung war, alle mit dem komplexen Gebäude – insbesondere aus sicherheitstechnischer Sicht – sowie mit der neuen Infrastruktur vertraut zu machen und Fragen zum neuen Arbeitsplatz konzentriert zu beantworten. Auf diese Weise konnte sichergestellt werden, dass am Tag des Einzugs die Arbeit direkt aufgenommen werden konnte und keine Zeit für ein erstes Zurechtfinden aufgewendet werden musste.

Besonders präziser Planung bedurfte die Verlegung der Bibliotheken der bisherigen Standorte Bern und Zollikofen (inklusive der beiden Magazine) sowie der jeweiligen Abteilungsbibliotheken nach St. Gallen: Beispielsweise galt es, Pläne für die Aufstellung des Bestandes in den Regalen der neuen Bibliothek zu erstellen sowie die Anpassung der Daten in den elektronischen Katalogen zu organisieren. Während vier Tagen wurden die insgesamt rund 700 Laufmeter umfassenden Werke von neun Mitarbeitenden in 1368 Umzugskartons verpackt und die neue Bibliothek schliesslich innerhalb von weiteren vier Tagen bestückt. So konnte sie am 25. Juni wieder voll in Betrieb genommen werden.

Der Umzug der Gerichtsmitglieder und Mitarbeitenden fand im Zeitraum zwischen dem 18. und 29. Juni gestaffelt statt. Damit konnte der Arbeitsfluss permanent aufrechterhalten werden.

Das Gericht hatte – wie schon 2011 – auch im Berichtsjahr eine überdurchschnittliche Fluktuationsrate zu verzeichnen. Rund 100 Stellen waren zu besetzen und entsprechend viele neue Mitarbeitende einzuarbeiten. Die Personalgewinnung verlief jedoch erfolgreich und die vakanten Stellen konnten durch qualifiziertes Personal besetzt werden.

### Geschäftslastbewirtschaftung

Nach Komplettierungsarbeiten können die Resultate der 2011 abgeschlossenen Studie zur Geschäftslastbewirtschaftung für eine abteilungsinterne Prüfung der Ressourcenverteilung herangezogen werden. Die Verwaltungskommission prüft nun das weitere Vorgehen.

### Richterportfolio

Im Frühling des Berichtsjahres beschlossen das Gesamtgericht und die Verwaltungskommission die Lancierung eines Einführungsprogramms für neue Richterinnen und Richter beim Bundesverwaltungsgericht. Vorgesehen sind Kurse zur Förderung der für dieses anspruchsvolle Amt erforderlichen beruflichen, persönlichen und sozialen Kompetenzen, unter Achtung der richterlichen Unabhängigkeit. Die Verwaltungskommission lud einige Organisationen ein, ein Angebot für ein Detailkonzept des Programms zu unterbreiten. Der entsprechende Auftrag wurde im November vergeben.

### Bhutan

Auf Ersuchen der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) unterstützt das Bundesverwaltungsgericht die Entwicklungsarbeiten des DEZA für den Ausbau einer rechtsstaatlich unabhängigen Gerichtsbarkeit in Bhutan. Zu diesem Zweck fanden im Berichtsjahr zwei Reisen einer kleinen Delegation nach Bhutan statt und eine Delegation von vier Richtern des High Court von Bhutan besuchte das Bundesverwaltungsgericht.

## Hinweise an den Gesetzgeber

Art. 85<sup>bis</sup> Abs. 3 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG; SR 831.10), der kraft Verweises in Art. 69 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG; SR 831.20) sinngemäss auch im Bereiche der Invalidenversicherung gilt, sieht vor, dass das Bundesverwaltungsgericht unzulässige und offensichtlich unbegründete Beschwerden im einzelrichterlichen Verfahren erledigen kann. Diese Regelung wurde mit dem Inkrafttreten des VGG erlassen. Bis dahin konnte die altrechtlich zuständige AHV/IV-Rekurskommission gestützt auf Art. 10 Bst. c der (nicht mehr anwendbaren) Verordnung vom 3. Februar 1993 über Orga-

nisation und Verfahren eidgenössischer Rekurs- und Schiedskommissionen zusätzlich auch offensichtlich begründete Rechtsmittel im einzelrichterlichen Verfahren gutheissen. Angesichts der nicht seltenen Fälle von vorinstanzlichen Anträgen auf Beschwerdegutheissung mit Rückweisung an die Verwaltung ist das Bundesverwaltungsgericht der Auffassung, dass es im Interesse der Verfahrensbeschleunigung und einer Entlastung des Gerichts ohne Schmälerung des Rechtsschutzes möglich wäre, durch Revision von Art. 85<sup>bis</sup> Abs. 3 AHVG die bewährte altrechtliche Regelung wieder einzuführen.

# Art und Zahl der Geschäfte

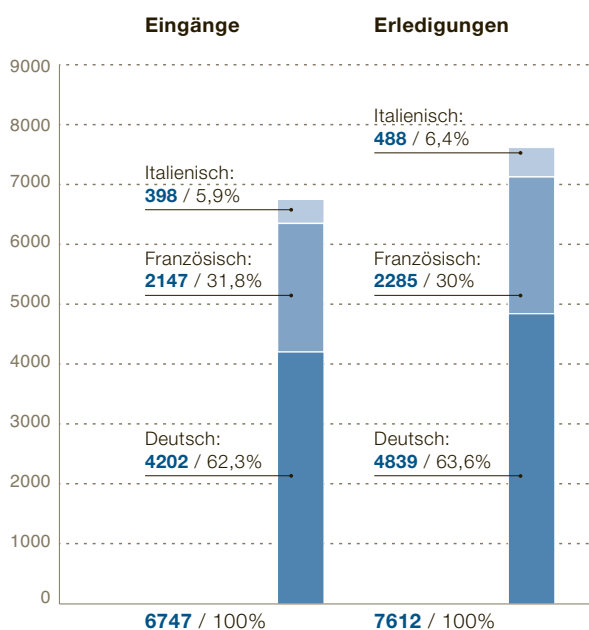
## Geschäfte

	Eingang 2011	Erledigung 2011	Übertrag von 2011	Eingang 2012	Erledigung 2012	Übertrag auf 2013
Beschwerden	6732	8233	5122	6439	7294	4267
Klagen	1	2	5	2	2	5
Andere Rechtsmittel	21	22	7	21	24	4
Revisionsgesuche usw.	278	298	47	285	292	40
<b>Total</b>	<b>7032</b>	<b>8555</b>	<b>5181</b>	<b>6747</b>	<b>7612</b>	<b>4316</b>

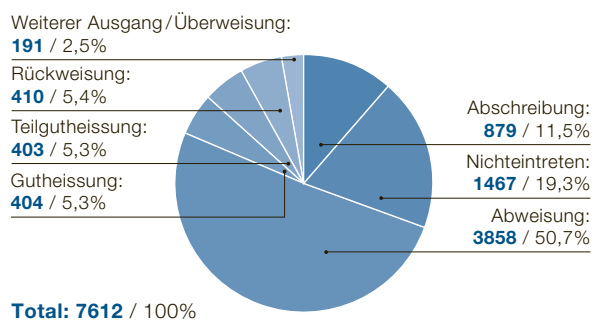
## Verfahrensausgang

Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung	Teilgutheissung	Rückweisung	Weiterer Ausgang	Überweisung
850	1337	3774	396	401	408	37	91
-	-	1	1	-	-	-	-
3	-	-	1	1	-	14	5
26	130	83	6	1	2	9	35
<b>879</b>	<b>1467</b>	<b>3858</b>	<b>404</b>	<b>403</b>	<b>410</b>	<b>60</b>	<b>131</b>

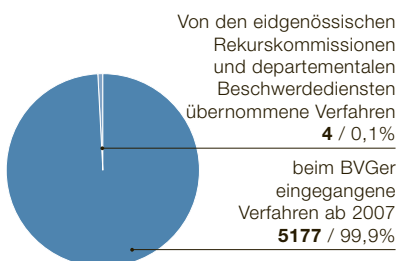
## Streitsachen nach Sprachen 2012



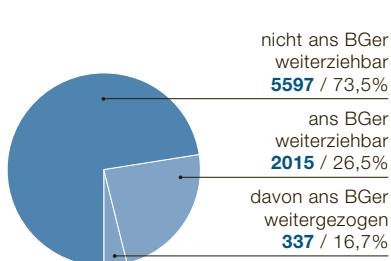
## Art der Erledigung 2012



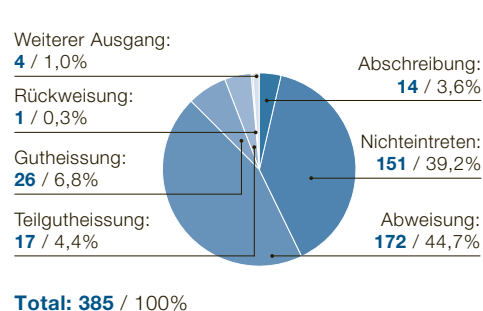
## Übertrag von 2011: 5181<sup>1</sup>



## Erledigung 2012: 7612



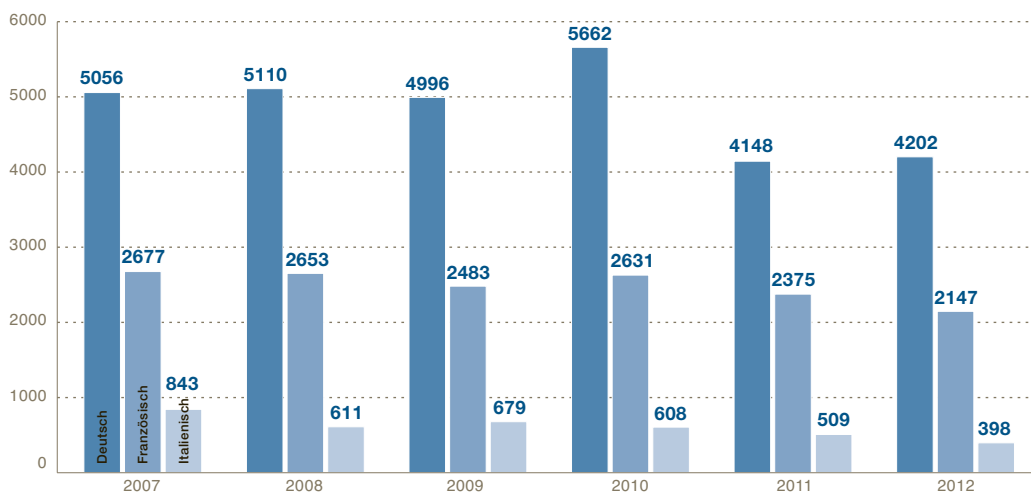
## Erledigung der weitergezogenen Verfahren



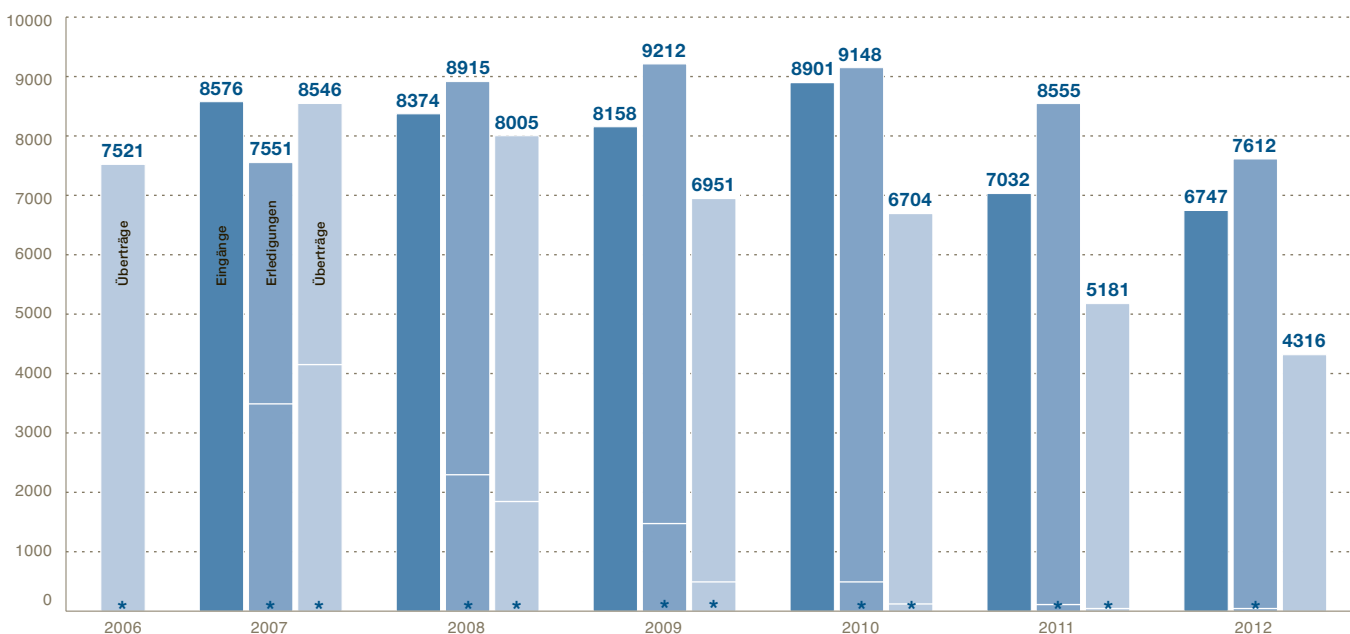
<sup>1</sup> Die Differenz zu den übertragenen Verfahren gemäss Geschäftsbericht 2011 ist durch spätere Änderungen bedingt (Verfahrenstrennungen, -vereinigungen usw.).

# Art und Zahl der Geschäfte

## Eingegangene Streitsachen nach Sprachen



## Eingänge, Erledigungen, Überträge<sup>1</sup>

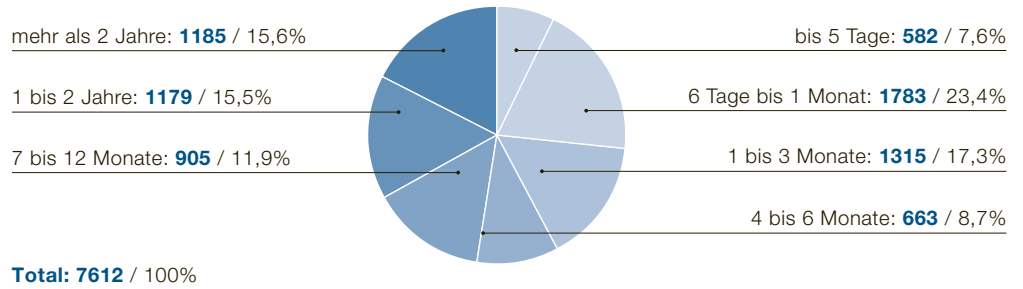


<sup>1</sup> Die Differenzen zu den Zahlen gemäss Geschäftsbericht 2011 sind durch spätere Änderungen bedingt (Verfahrenstrennungen, -vereinigungen, nachträgliche Eintragungen usw.).

\* von den eidgenössischen Rekurskommissionen und departementalen Beschwerdediensten übernommene Verfahren

## Dauer der Geschäfte

	bis 5 Tage	6 Tage bis 1 Monat	1 bis 3 Monate	4 bis 6 Monate	7 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	Total Erledigungen 2012
Beschwerden	514	1647	1244	646	901	1168	1174	<b>7294</b>
Klagen	–	1	–	–	–	–	1	<b>2</b>
Andere Rechtsmittel	6	9	6	–	2	1	–	<b>24</b>
Revisionsgesuche usw.	62	126	65	17	2	10	10	<b>292</b>
<b>Total</b>	<b>582</b>	<b>1783</b>	<b>1315</b>	<b>663</b>	<b>905</b>	<b>1179</b>	<b>1185</b>	<b>7612</b>

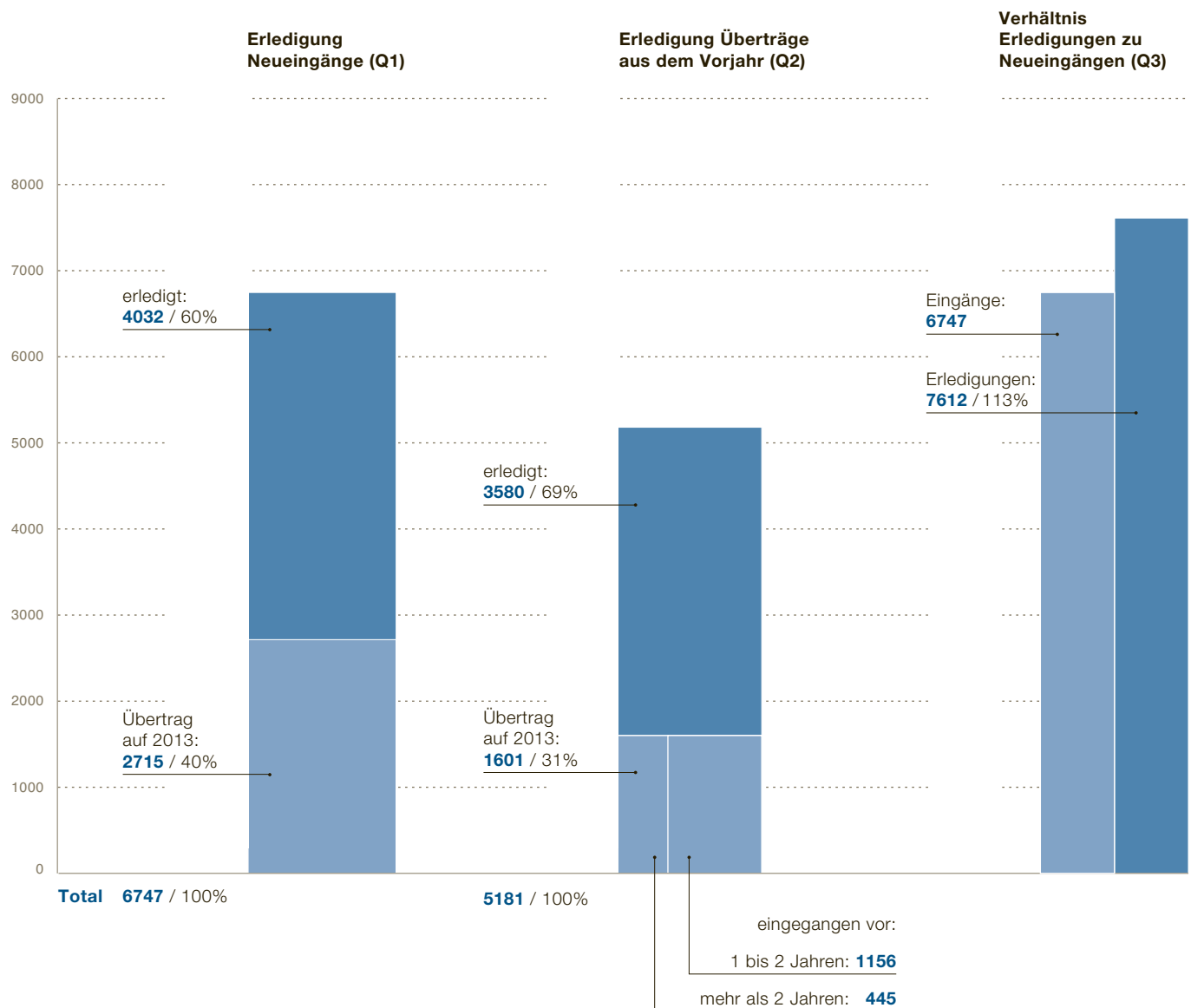


## Mittlere und maximale Dauer der Geschäfte

	Erledigungen		Übertragene Fälle	
	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)
Beschwerden	304	2719	343	2145
Klagen	532	1046	774	1146
Andere Rechtsmittel	72	648	434	1146
Revisionsgesuche usw.	87	1644	189	1340
<b>Gesamtdurchschnitt</b>	<b>295</b>		<b>342</b>	

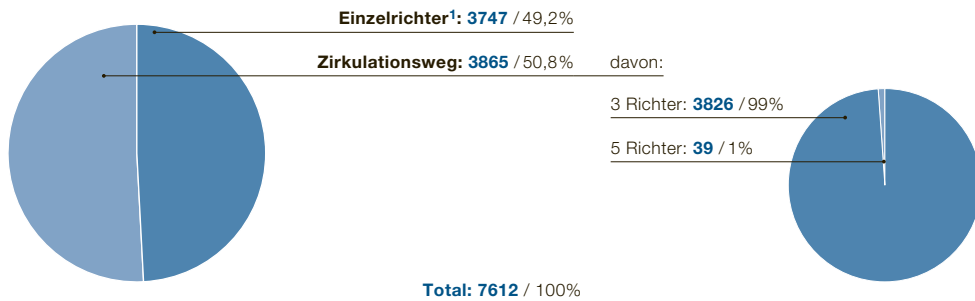
# Erledigungsquotienten

	Erledigung Neueingänge (Q1)			Erledigung Überträge aus dem Vorjahr (Q2)			Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3)	
	Neueingang 2012	davon Erledigung 2012	davon Übertrag auf 2013	Übernommene Geschäfte von 2011	davon Erledigung 2012	davon Übertrag auf 2013	Neueingang 2012	Erledigung 2012
Abteilung I	576	250 (43%)	326 (57%)	484	401 (83%)	83 (17%)	576	651 (113%)
Abteilung II	467	180 (39%)	287 (61%)	374	263 (70%)	111 (30%)	467	443 (95%)
Abteilung III	1958	730 (37%)	1228 (63%)	2142	1263 (59%)	879 (41%)	1958	1993 (102%)
Abteilung IV	2059	1635 (79%)	424 (21%)	1039	815 (78%)	224 (22%)	2059	2450 (119%)
Abteilung V	1687	1237 (73%)	450 (27%)	1142	838 (73%)	304 (27%)	1687	2075 (123%)
<b>Total</b>	<b>6747</b>	<b>4032 (60%)</b>	<b>2715 (40%)</b>	<b>5181</b>	<b>3580 (69%)</b>	<b>1601 (31%)</b>	<b>6747</b>	<b>7612 (113%)</b>



# Art der Erledigung (Spruchkörper / Entscheidungsfindung)

	Einzelrichter	Zirkulationsweg <sup>2</sup>		Total	Sitzungen <sup>3</sup>		
		3 Richter	5 Richter		3 Richter	5 Richter	Total
Beschwerden	<b>3573</b>	3684	37	<b>3721</b>	-	-	-
Klagen	<b>1</b>	1	-	<b>1</b>	-	-	-
Andere Rechtsmittel	<b>12</b>	11	1	<b>12</b>	-	-	-
Revisionsgesuche usw.	<b>161</b>	130	1	<b>131</b>	-	-	-
<b>Total</b>	<b><u>3747<sup>1</sup></u></b>	<b><u>3826</u></b>	<b><u>39</u></b>	<b><u>3865</u></b>	-	-	-



<sup>1</sup> Darin enthalten sind 1614 Einzelrichterentscheide mit Zustimmung eines Zweirichters nach Art. 111 Bst. e AsylG.

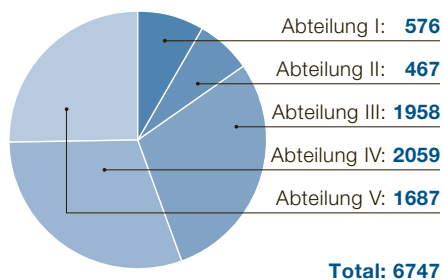
<sup>2</sup> Inklusive nicht öffentliche Urteilsberatungen

<sup>3</sup> Nur öffentliche Urteilsberatungen

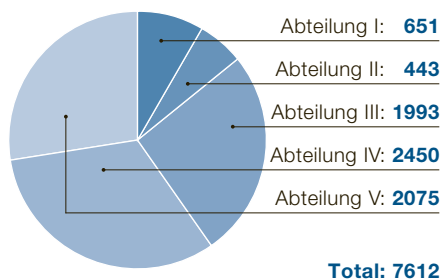
# Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen

	Übertrag von 2011	Eingang 2012	Erledigung 2012	Übertrag auf 2013
<b>Abteilung I</b>				
Beschwerden	477	567	637	407
Klagen	–	1	1	–
Andere Rechtsmittel	6	7	11	2
Revisionsgesuche usw.	1	1	2	–
<b>Total</b>	<b>484</b>	<b>576</b>	<b>651</b>	<b>409</b>
<b>Abteilung II</b>				
Beschwerden	370	463	439	394
Klagen	4	1	1	4
Andere Rechtsmittel	–	2	2	–
Revisionsgesuche usw.	–	1	1	–
<b>Total</b>	<b>374</b>	<b>467</b>	<b>443</b>	<b>398</b>
<b>Abteilung III</b>				
Beschwerden	2136	1949	1982	2103
Klagen	1	–	–	1
Andere Rechtsmittel	–	4	3	1
Revisionsgesuche usw.	5	5	8	2
<b>Total</b>	<b>2142</b>	<b>1958</b>	<b>1993</b>	<b>2107</b>
<b>Abteilung IV</b>				
Beschwerden	1027	1890	2289	628
Andere Rechtsmittel	1	7	7	1
Revisionsgesuche usw.	11	162	154	19
<b>Total</b>	<b>1039</b>	<b>2059</b>	<b>2450</b>	<b>648</b>
<b>Abteilung V</b>				
Beschwerden	1112	1570	1947	735
Andere Rechtsmittel	–	1	1	–
Revisionsgesuche usw.	30	116	127	19
<b>Total</b>	<b>1142</b>	<b>1687</b>	<b>2075</b>	<b>754</b>
<b>Gesamttotal</b>	<b>5181</b>	<b>6747</b>	<b>7612</b>	<b>4316</b>

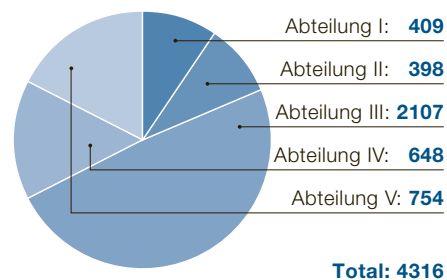
**Eingang 2012**



**Erledigung 2012**



**Übertrag auf 2013**





# Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen (5-Jahres-Vergleich) <sup>1</sup>

	Eingang					Erledigung				
	2008	2009	2010	2011	2012	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Abteilung I</b>										
Beschwerden	736	490	944	620	567	697	793	818	811	637
Klagen	4	1	–	–	1	1	4	–	1	1
Andere Rechtsmittel	9	8	10	8	7	5	15	8	4	11
Revisionsgesuche usw.	3	–	1	5	1	4	–	–	5	2
<b>Total</b>	<b>752</b>	<b>499</b>	<b>955</b>	<b>633</b>	<b>576</b>	<b>707</b>	<b>812</b>	<b>826</b>	<b>821</b>	<b>651</b>
<b>Abteilung II</b>										
Beschwerden	523	411	380	523	463	587	373	380	587	439
Klagen	–	7	2	–	1	1	3	1	1	1
Andere Rechtsmittel	1	3	12	1	2	2	1	13	2	2
Revisionsgesuche usw.	2	3	–	2	1	2	3	–	2	1
<b>Total</b>	<b>526</b>	<b>424</b>	<b>394</b>	<b>526</b>	<b>467</b>	<b>592</b>	<b>380</b>	<b>394</b>	<b>592</b>	<b>443</b>
<b>Abteilung III</b>										
Beschwerden	2768	2513	2340	2068	1949	2891	2808	2542	2250	1982
Klagen	–	–	–	1	–	–	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	17	6	9	2	4	15	9	10	3	3
Revisionsgesuche usw.	13	11	7	13	5	14	9	7	12	8
<b>Total</b>	<b>2798</b>	<b>2530</b>	<b>2356</b>	<b>2084</b>	<b>1958</b>	<b>2920</b>	<b>2826</b>	<b>2559</b>	<b>2265</b>	<b>1993</b>
<b>Abteilung IV</b>										
Beschwerden	2189	2558	2748	1899	1890	2495	2864	2901	2420	2289
Andere Rechtsmittel	49	44	67	9	7	53	41	67	11	7
Revisionsgesuche usw.	101	102	121	141	162	118	110	125	151	154
<b>Total</b>	<b>2339</b>	<b>2704</b>	<b>2936</b>	<b>2049</b>	<b>2059</b>	<b>2666</b>	<b>3015</b>	<b>3093</b>	<b>2582</b>	<b>2450</b>
<b>Abteilung V</b>										
Beschwerden	1755	1873	2112	1622	1570	2000	2056	2124	2165	1947
Andere Rechtsmittel	56	35	55	1	1	55	34	57	1	1
Revisionsgesuche usw.	112	93	93	117	116	116	89	95	129	127
<b>Total</b>	<b>1923</b>	<b>2001</b>	<b>2260</b>	<b>1740</b>	<b>1687</b>	<b>2171</b>	<b>2179</b>	<b>2276</b>	<b>2295</b>	<b>2075</b>
<b>Gesamttotal</b>	<b>8338</b>	<b>8158</b>	<b>8901</b>	<b>7032</b>	<b>6747</b>	<b>9056</b>	<b>9212</b>	<b>9148</b>	<b>8555</b>	<b>7612</b>

<sup>1</sup> Die Differenzen zu den Zahlen gemäss Geschäftsbericht 2011 sind durch spätere Änderungen bedingt (Verfahrenstrennungen, -vereinigungen, nachträgliche Eintragungen usw.).

## Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	Entscheidung aufgrund Rückweisung	Total
<b>Staat – Volk – Behörden</b>						
140.00 Bürgerrecht	65	-	-	-	-	65
141.00 Ausländerrecht	827	-	-	3	-	830
142.10 Asylverfahren	4192	-	8	281	-	4481
142.50 Asyl Verschiedenes	53	-	-	1	-	54
143.00 Anerkennung der Staatenlosigkeit	5	-	-	-	-	5
144.00 Ausweisschriften	56	-	-	-	-	56
152.00 Meinungs- und Informationsfreiheit	7	-	-	-	-	7
170.00 Staatshaftung (Bund)	13	-	-	-	-	13
173.00 Öffentliches Beschaffungswesen	14	-	-	-	-	14
174.00 Öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse (Bund)	63	-	-	-	-	63
195.00 Amts- und Rechtshilfe	43	-	-	-	-	43
<b>Total Staat – Volk – Behörden</b>	<b>5338</b>	<b>-</b>	<b>8</b>	<b>285</b>	<b>-</b>	<b>5631</b>
<b>Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung</b>						
210.10 Stiftungsaufsicht	2	-	-	-	-	2
210.20 Adoptionsvermittlung	-	-	-	-	-	-
221.10 Revisionsaufsicht	11	-	-	-	-	11
221.20 Handelsregister- und Firmenrecht	-	-	-	-	-	-
232.10 Urheberrecht	5	-	-	-	-	5
232.20 Marken-, Design- und Sortenschutz	70	-	-	-	-	70
232.50 Erfindungspatente	3	-	-	-	-	3
232.60 Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip	15	1	-	-	-	16
251.00 Kartelle	4	-	-	-	-	4
<b>Total Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung</b>	<b>110</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>111</b>
<b>Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug</b>						
312.00 Teilung eingezogener Vermögenswerte (TEVG)	-	-	-	-	-	-
341.00 Bundesbeiträge für den Straf- und Massnahmenvollzug	-	-	-	-	-	-
<b>Total Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Schule – Wissenschaft – Kultur</b>						
410.00 Schule	57	-	-	-	-	57
420.00 Wissenschaft und Forschung	14	-	-	-	-	14
440.00 Sprache, Kunst und Kultur	5	-	-	-	-	5
450.00 Natur- und Heimatschutz	8	-	-	-	-	8
<b>Total Schule – Wissenschaft – Kultur</b>	<b>84</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>84</b>
<b>Landesverteidigung</b>						
500.00 Landesverteidigung	13	1	-	-	-	14
<b>Finanzen</b>						
610.00 Subventionen	8	-	-	-	-	8
630.00 Zölle	60	-	1	-	-	61
641.00 Stempelabgaben	2	-	-	-	-	2
641.99 Indirekte Steuern	103	-	1	1	-	105
643.00 Mehrwertsteuer	92	-	1	1	-	94
650.00 Schwerverkehrsabgabe	5	-	-	-	-	5
650.49 Verschiedene indirekte Steuern	6	-	-	-	-	6
650.99 Direkte Steuern	12	-	-	-	-	12
654.00 Verrechnungssteuer	8	-	1	-	-	9
655.00 Internationales Steuerrecht	-	-	-	-	-	-
699.00 Finanzen (Übriges)	3	-	-	-	-	3
<b>Total Finanzen</b>	<b>196</b>	<b>-</b>	<b>3</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>200</b>

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	Entscheidung aufgrund Rückweisung	Total
<b>Öffentliche Werke – Energie – Verkehr</b>						
711.00 Enteignung	25	-	-	1	-	26
725.00 Nationalstrassen	1	-	-	-	-	1
730.00 Energie (ohne elektrische Anlagen)	28	-	1	-	-	29
730.20 Elektrische Anlagen	67	-	-	-	-	67
740.00 Strassenwesen (ohne Nationalstrassen)	4	-	-	-	-	4
742.00 Eisenbahnen	32	-	1	-	-	33
748.10 Luftfahrtanlagen	3	-	-	-	-	3
748.30 Luftfahrt (ohne Luftfahrtanlagen)	17	-	-	-	-	17
749.00 Übrige Anlagen	3	-	1	-	-	4
783.00 Post, Fernmeldewesen	77	-	-	-	-	77
785.00 Radio und Fernsehen	27	-	-	-	-	27
799.00 Öffentliche Werke – Energie – Verkehr (Übriges)	10	-	-	-	-	10
<b>Total öffentliche Werke – Energie – Verkehr</b>	<b>294</b>	<b>-</b>	<b>3</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>298</b>
<b>Gesundheit – Arbeit – Soziale Sicherheit</b>						
810.10 Medizin und Menschenwürde	-	-	-	-	-	-
810.20 Medizinalberufe	22	-	-	-	-	22
810.30 Heilmittel	29	-	-	-	-	29
810.40 Chemikalien	3	-	-	-	-	3
810.50 Schutz des ökologischen Gleichgewichts	4	-	-	-	-	4
810.60 Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	2	-	-	-	-	2
810.70 Krankheits- und Unfallbekämpfung	4	-	-	-	-	4
820.00 Arbeit (öffentliches Recht)	44	-	-	-	-	44
830.00 Sozialversicherung	1052	-	-	3	-	1055
830.10 Sozialversicherung AT	7	-	-	-	-	7
830.30 Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)	184	-	-	1	-	185
830.40 Invalidenversicherung (IV)	689	-	-	2	-	691
830.50 Krankenversicherung	37	-	-	-	-	37
830.60 Unfallversicherung	17	-	-	-	-	17
830.70 Berufliche Vorsorge	105	-	-	-	-	105
830.80 Erwerbsersatzordnung (EO) und Mutterschaftsversicherung	1	-	-	-	-	1
830.90 Familienzulagen	-	-	-	-	-	-
830.95 Arbeitslosenversicherung	12	-	-	-	-	12
840.00 Wohnraum-, Wohnbau- und Eigentumsförderung	-	-	-	-	-	-
850.00 Fürsorge	10	-	-	-	-	10
<b>Total Gesundheit – Arbeit – Soziale Sicherheit</b>	<b>1170</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>3</b>	<b>-</b>	<b>1173</b>
<b>Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit</b>						
910.00 Landwirtschaft	39	-	2	1	-	42
920.00 Forstwesen, Jagd und Fischerei	-	-	-	-	-	-
930.00 Industrie und Gewerbe	4	-	3	-	-	7
930.40 Glücksspiele und Spielbanken	4	-	3	-	-	7
940.00 Handel, Kredit und Privatversicherung	33	-	-	-	-	33
950.20 Finanzmarktaufsicht	19	-	-	-	-	19
990.99 Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit (Übriges)	1	-	-	-	-	1
<b>Total Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit</b>	<b>77</b>	<b>-</b>	<b>5</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>83</b>
<b>999.00 Übriges</b>	<b>12</b>	<b>-</b>	<b>5</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>18</b>
<b>Gesamttotal</b>	<b>7294</b>	<b>2</b>	<b>24</b>	<b>292</b>	<b>-</b>	<b>7612</b>

# Vergleichstabelle: Kennzahlen des Bundesgerichts, des Bundesstrafgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundespatentgerichts

## Mitglieder und Mitarbeitende (umgerechnet auf Vollzeitstellen)

	Bundesgericht	Bundesstrafgericht	Bundesverwaltungsgericht	Bundespatentgericht
Anzahl Richter/innen	38,00	15,50	62,60	3,35
Anzahl Gerichtsschreiber/innen	127,00	18,30	177,85	1,80
Anzahl übrige Mitarbeitende	146,90	21,90	101,30	1,30

## Geschäftslast

Bestand am Anfang des Jahres	2 265	221	5 181	–
Anzahl Eingänge	7 871	698	6 747	54
Anzahl Erledigungen	7 667	655	7 612	28
Bestand am Ende des Jahres	2 469	264	4 267	26
Mittlere Dauer der Geschäfte (in Tagen)	125	–	295	–
Anzahl der mehr als zwei Jahre hängigen Geschäfte	5	5	445	–
Q1: Prozentsatz der Erledigungen von im Jahr 2012 eingegangenen Fällen	69%	65%	60%	52%
Q2: Prozentsatz der aus den Vorjahren übertragenen und im Jahr 2012 erledigten Fälle	98%	92%	69%	–
Q3: Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen	97%	94%	113%	52%

## Finanzen

### Erfolgsrechnung

Ertrag	14 026 133	839 358	4 893 310	319 313 <sup>1</sup>
Aufwand	90 330 657	11 966 857	74 263 772	1 703 395
Personalaufwand	75 716 394	10 050 962	61 766 694	1 350 866
Sach- und übriger Betriebsaufwand	14 049 794	1 908 270	12 133 837	295 329
Einlage in Rückstellungen	–	–	181 400	57 200
Abschreibung Verwaltungsvermögen	564 469	7 625	181 841	–

### Investitionsrechnung

Einnahmen	–	–	–	–
Ausgaben	456 093	–	38 685	–
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte	456 093	–	38 685	–

### Verhältnis zwischen

Ertrag + Einnahmen und Aufwand + Ausgaben	15,45%	7,01%	6,60%	18,75% <sup>1</sup>
---	--------	-------	-------	---------------------

### Besonderes

Unentgeltliche Rechtspflege	687 043	21 300	91 949	–
Informatik-Sachaufwand	2 109 893	521 436	2 773 353	165 487
Raummiete	6 707 180	681 460	4 613 110	50 000

<sup>1</sup> vor Zahlung des Instituts für Geistiges Eigentum (IGE; CHF 1 384 082)

**Herausgeber: Bundesgericht**

Av. du Tribunal fédéral 29  
CH-1000 Lausanne 14  
Telefon 021 318 91 11  
direktion@bger.ch  
www.bger.ch

Schweizerhofquai 6  
CH-6004 Luzern  
Telefon 041 419 35 55

**Bundesstrafgericht**

Postfach 2720  
CH-6501 Bellinzona  
Telefon 091 822 62 62  
info@bstger.ch  
www.bstger.ch

**Bundesverwaltungsgericht**

Postfach  
CH-9023 St. Gallen  
Telefon 058 705 26 26  
info@bvger.admin.ch  
www.bvger.ch

**Bundespatentgericht**

Postfach  
CH-9023 St. Gallen  
Telefon 058 705 20 10  
info@bpatger.ch  
www.bpatger.ch

**Gestaltung und Satz:** Jeanmaire & Michel AG; [www.agentur.ch](http://www.agentur.ch)

Diese Publikation ist auch in Französisch und Italienisch erhältlich;  
sie ist mit einer ausgefüllten Klebeadresse gratis zu beziehen über die Kurzanschrift  
Bundesgericht, CH-1000 Lausanne 14, oder via [kanzlei@bger.ch](mailto:kanzlei@bger.ch) zu bestellen.

ISSN 1663-1331  
Form 104.611.d



